

E 5604

Bund der  
Strafvollzugsbediensteten  
Deutschlands (BSBD)

Fachzeitschrift  
für die Bediensteten des  
Justizvollzugs

# DER VOLLZUGS- DIENST



Justizvollzugsanstalt Freiburg

Lesen Sie im Facheil:

**Aufseher-Katechismus.  
Unterhaltungen eines Aufseher-Veteranen**

**2**

April 2006

# Inhalt

## BUNDESVORSTAND

Strafvollzug darf nicht zum Spielball der Länderinteressen werden **1**

BSBD kritisiert Justizsenator Kusch **2**

Jugendstrafvollzug auf dem Prüfstand **2**

Die Tarifseite: Tarifpolitik 2006 **4**

Kooperationsseminar begeistert die Teilnehmer **4**

BSBD-SeminarDienst berichtet **5**

## LANDESVERBÄNDE

Baden-Württemberg	6-15
Bayern	-
Berlin	-
Brandenburg	15-22
Bremen	23
Hamburg	-
Hessen	24-28
Mecklenburg-Vorpommern	29-32
Niedersachsen	32-39
Nordrhein-Westfalen	39-52
Rheinland-Pfalz	53-56
Saarland	56-57
Sachsen	57-62
Sachsen-Anhalt	63-64
Schleswig-Holstein	65-66
Thüringen	66-68

## GRÜNE BLÄTTER

Aufseher-Katechismus Teil 1	<b>1</b>
Buchbesprechungen	<b>7</b>



Mitglied im  **dbb beamtenbund und tarifunion**

**Bundesvorsitzender:** Wolfgang Schröder, 66280 Sulzbach, Vopeliusstr. 3 a

**Stellv. Bundesvorsitzende:** Ernst Steinbach, 71665 Vaihingen/Enz, Berengerstraße 12  
Wolfgang Ploog, 20313 Hamburg, Postfach 304084  
Friedhelm Sanker, 32052 Herford, Richard-Sprick-Weg 20 a  
Anton Bachl, 94315 Straubing, Königreichweg 24  
Burghard Neumann, 14776 Brandenburg, Grüne Aue 19 a

### LANDESVERBÄNDE:

**Baden-Württemberg**  
Vors.: Ernst Steinbach  
Geschäftsstelle:  
71665 Vaihingen/Enz, Berengerstraße 12

**Bayern**  
Vors.: Anton Bachl  
94315 Straubing, Königreichweg 24

**Berlin**  
Vors.: Udo Schwarze  
Geschäftsstelle:  
13509 Berlin, Schubartstraße 38

**Brandenburg**  
Vors.: Willi Köbke  
12689 Berlin, Geraer Ring 7  
Geschäftsstelle: 14776 Brandenburg a. d. H.,  
Grüne Aue 19 a

**Bremen**  
Vors.: Jens Dackow  
28239 Bremen, Karl-Krohne-Str. 27

**Hamburg**  
Vors.: Klaus Neuenhüsges  
Geschäftsstelle: 20355 Hamburg, Holstenglacis 1

**Hessen**  
Vors.: Uwe Röhrig  
35516 Münzenberg-Gambach, Gebrüder-Grimm Str. 21b  
Geschäftsstelle: 65197 Wiesbaden, Rüdeshheimer Straße 20

**Mecklenburg/Vorpommern**  
Vors.: Rita Bartel  
18439 Stralsund, Franzenhöhe

**Niedersachsen**  
Vors.: Willi-Bernhard Albers  
49733 Haren  
Altharener Patt 8

**Nordrhein-Westfalen**  
Vors.: Klaus Jäkel  
33335 Gütersloh, Titusweg 32  
Geschäftsstelle: 40476 Düsseldorf, Ulmenstraße 23

**Rheinland-Pfalz**  
Vors.: Winfried Conrad  
56112 Lahnstein, Rheinhöhenweg 6

**Saarland**  
Vors.: Helmut Bettscheider  
66119 Saarbrücken, Lerchesflurweg 37

**Sachsen**  
Vors.: Hans-Peter Mutscher  
01127 Dresden, Hammerweg 30

**Sachsen-Anhalt**  
Vors.: Wolfgang Jänicke  
Jugendanstalt 06118 Halle, Wilhelm-Busch-Straße 38

**Schleswig-Holstein**  
Vors.: Wilhelm Schulz  
23812 Wahlstedt, Elmhorst 26

**Thüringen**  
Vors.: Gerd Schulz  
07958 Hohenleuben, Gartenstraße 4



**Die Teilnehmer des ersten Treffens des BSBD-Nordverbund konnten sich auf ihrer Sitzung bereits über einige gemeinsame Beschlüsse und Entschließungen verständigen.**

Für die Teilnehmer des Treffens stand daher zunächst die Abstimmung der vorrangigen Arbeitsfelder eines „Nordverbundes“ im Vordergrund. „Wir wollen sehen und uns darüber austauschen was die Landesverbände in den Nachbarländern bewegt, mit welchen Problemen sich auseinandersetzen müssen oder welche Ziele sie erreichen“, so der Landesvorsitzende Willi-

Bernhard Albers vom VNSB, der diese erste Zusammenkunft organisiert hat. Einige Forderungen konnten bereits formuliert werden. Für Rita Bartel, Vorsitzende des BSBD Mecklenburg-Vorpommern, ist eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere auf Bundesebene, eine zentrale Aufgabe.

„Es ist wichtig, dass wir den Bürgern ein realistisches Bild unserer Arbeit in den Anstalten vermitteln, ihnen verständlich machen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen Sicherheit für unsere Gesellschaft produzieren.“

Des Weiteren fordern die beteiligten Landesverbände die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, die Bundeseinheitlichkeit des Strafvollzugsgesetzes beizubehalten. Hierzu wird eine gemeinsame Erklärung des „Nordverbundes“ den politisch Verantwortlichen übergeben.

Die Privatisierung im Justizvollzug wurde ebenfalls diskutiert. Auch für diese Fragestellung werden die Landesverbände eine gemeinsame Entschließung vorlegen, die sich gegen eine Privatisierung im Justiz-

vollzug wendet. Die Partner sind sich darüber einig, dass die erreichten Standards mit einer Privatisierung fahrlässig aufgegeben werden.

Auf Grund der Übereinstimmung in der Sicht der aktuellen Problematiken der Vollzugseinrichtungen in den einzelnen Bundesländer, werden die Gespräche regelmäßig fortgesetzt. Bereits für September ist ein nächstes Treffen in Mecklenburg-Vorpommern vereinbart.

„Wir möchten noch den LVHS, also die hamburgische Fachgewerkschaft für den Justizvollzug, dabei haben. Ich bin davon überzeugt, dass wir als sogenannter „Nordverbund“ mit gemeinsamen Statements überzeugend rüberkommen,“ ergänzt Martin Kalt, stellv. Vorsitzender des VNSB und im dbb-Landesbund Niedersachsen, „wir werden geschlossen auftreten, um berechtigte Forderungen für unsere Mitglieder einzufordern.“

Abschließend informierten sich die Versammlung über die bestehende Kooperation des VNSB mit der SIGNAL IDUNA Versicherung.

## Keine weiteren Sonderopfer für den öffentlichen Dienst!

Diese Botschaft haben mehr als 20.000 Demonstranten der neuen Landesregierung am 23. März 2006 lautstark übermittelt!

**Die Beratungen des Haushalts 2006 sind bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes als Kampfansage der Landesregierung angekommen. Seit Monaten bereiten die Regierungsfraktionen von CDU und FDP die beabsichtigten Einsparungen beim öffentlichen Dienst mit entsprechenden Presseverlautbarungen vor. Ihnen ist dabei noch bewusst, dass sie den Widerstand des öffentlichen Dienstes gegen die Vorgängerregierung 2003 nachdrücklich unterstützt und angekündigt haben, mit unsozialen Einsparungen beim öffentlichen Dienst endlich Schluss machen zu wollen. Allein diese Unterstützung dürfte ausgereicht haben, um bei den Landtagswahlen 2005 das politische Signal auf Abwahl zu stellen. Nur neun Monate nach dem Regierungswechsel hat es die Regierung geschafft, den öffentlichen Dienst gegen sich aufzubringen. Der sich abzeichnende Wortbruch der Landesregierung hat mehr als 20.000 Angestellte, Arbeiter und Beamte elektrisiert und mobilisiert. Bei strahlendem Sonnenschein sind sie nach Düsseldorf angereist, um ihrer Wut und Enttäuschung, ihrem Frust und ihrer Verbitterung lautstark Luft zu machen.**

Um 13.00 Uhr hat sich je ein Demonstrationzug auf der Oberkasseler Rheinwiese und vor dem Hauptbahnhof formiert. Die Polizei hat die Bevölkerung über die Medien auf mögliche Verkehrsbehinderungen aufmerksam gemacht, die dann auch tatsächlich eintreten. Die Demonstrationsteilnehmer sind bestens vorbereitet. Fahnen werden geschwenkt, Transparente ausgerollt, Trillerpfeifen in Aktion gesetzt. In ihrem Pro-

test sind sich alle einig. Hier marschieren Polizeibeamte neben den Frauen und Männern aus dem Strafvollzug, die Feuerwehr zeigt ebenso Präsenz wie der Zoll und die Finanzverwaltung. Arbeiter, Angestellte und Beamte fühlen sich solidarisch verbunden in der gemeinsam empfundenen Wut auf eine Politik, die sie erneut zum Sündenbock stempelt und ihre für die Gesellschaft häufig im Schichtdienst erbrachten Leistungen missachtet.

### **Kampfansage an eine Politik der sozialen Kälte**

Entsprechend drastische Formulierungen haben die Demonstranten für ihren Protest gewählt:

- „Tasche leer, Schnauze voll“,
- „Staatsdiener sind keine Staatssklaven“,

- „Regiert ihr schon oder lügt ihr noch?“,
  - „Kampfansage verlangt Widerstand“,
  - „Tarifdiktat bedeutet Arbeitskampf!“,
- ist auf ihren Transparenten zu lesen, als sich die beiden Protestmärsche auf der Rheinufer-Promenade vereinigen. Spätes-



**Mit einem kraftvollen „Das Fass ist übergelaufen!“, drückte dbb-Chef Ralf Eisenhöfer aus, was die Betroffenen von den durch die Politik verlangten weiteren Sonderopfern halten, nämlich nichts!**

tens jetzt wird auch für den letzten unbeteiligten Beobachter deutlich sichtbar, welch machtvolle Demonstration sich auf den Burgplatz zubewegt. Den Fernsehturm im Blick, die Rassel fest in der Hand, schreit die Menge der zigtausend Demonstranten ihren Protest heraus. Selbst vor gesundheitsgefährdendem Engagement



Guntram Schneider, neuer Chef des DGB NRW, stellte den Politikern die Frage nach ihrer Glaubwürdigkeit. „Wie passt Arbeitsplatzvernichtung mit Beschäftigungssicherung zusammen?“ Links im Bild: DSBD-Chef Klaus Jäkel.

wird nicht zurückgeschreckt. Es dauert geraume Zeit, bis sich der Burgplatz füllt. Als sich die Menge zur Abschlusskundgebung formiert, ist bei vielen Teilnehmern noch die Hoffnung spürbar, dass auch eine desaströse Wirtschafts- und Finanzpolitik die Fähigkeit unserer Gesellschaft zu einem neuen Aufschwung nicht gänzlich verschütten kann.

Nachdem ein wütendes Pfeifkonzert langsam abebbt, tritt **dbb**-Chef **Ralf Eisenhöfer** ans Mikrofon. „Ihr seid heute gekommen, um Euch nicht mehr belügen zu lassen! Wir zeigen der Politik die Rote Karte!“ ruft er den Teilnehmern zu. Regierungschef **Rüttgers** erinnert er an die Zusagen aus dem Jahr 2003, als er die Kürzungspläne der rot-grünen Landesregierung für unsozial hielt. Jetzt sei er in der Funktion des Regierungschefs dabei, seine Zusagen zu konterkarieren. Das sei nicht nur Wort-

Der Demonstrationzug hat sich in Bewegung gesetzt. Erwartungsfroh machen sich die Kolleginnen und Kollegen auf den Weg, um der Politik die Rote Karte zu zeigen.

bruch, das sei Wahlbetrug! Der Burgplatz unterstreicht diesen Vorwurf an die Verantwortlichen mit einem gellenden Pfeifkonzert, das auch noch im nahen Landtag zu hören ist.

Seitens der Politik traute sich nur die Opposition auf den Burgplatz, von den Regierenden war weit und breit nichts zu sehen. **Ralf Eisenhöfer** ruft der Regierung ins Gedächtnis, dass es die Arbeiter, Angestellten und Beamten sind, an deren Wirken der Staat erkennbar und erfahrbar werde. „Wir sind es, die die staatlichen Ziele der Politik umsetzen, und zwar in guten wie in schlechten Zeiten. Wir sind es, die für die Einnahmen des Staates sorgen. Wir sind es, die die äußere und innere Sicherheit garantieren. Ohne uns wäre der Staat nicht vorhanden, wäre nur eine abstrakte Idee“, ruft der Gewerkschafter den Demonstranten zu, um sofort die schlechte Behandlung des öffentlichen Dienstes durch die Politik anzuprangern. „Unsere Solidarität, unser täglicher Einsatz für das Funktionieren des Staates hat die Mächtigen in Regierung und Parlament aber nur herausgefordert, unsere Loyalität mit Füßen zu treten. Wir haben jahrelang jede Provokation hingegenommen. Doch wenn durch die schwarzgelbe Regierung Wahlzusagen nicht eingehalten werden, dann sagen wir: Es reicht! Wenn die Regierung jetzt nicht auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zugeht, dann kündigt sie die Geschäftsgrundlage auf. Wir nehmen den Fehdehandschuh dann auf“. In der angestrebten Verlängerung der Arbeitszeit für die Arbeitnehmer sieht der Gewerkschafter eine gigantische Vernichtung von Arbeitsplätzen. Die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen seien mittlerweile die größten Arbeitsplatzvernichter der Republik. Sie seien das Schlusslicht bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen. „Das ist die Wahrheit über die Politik für den öffentlichen Dienst“, prangert **Eisenhöfer** eine verfehlte Politik an, die den öffentlichen Dienst zum Sündenbock für die maroden Staatsfinanzen abstempelt.

## „Den Beamten gegen den Tarifbereich auszuspieren, das läuft nicht!“

**Eisenhöfer** kritisiert anschließend den Verfall der politischen Sitten. Der Politik wirft er vor, den öffentlichen Dienst nach Gutsherrenart zu behandeln. Immer mehr Aufgaben mit immer weniger Personal, eine immer höhere Arbeitsverdichtung bei immer schlechterer Bezahlung, das seien Gleichungen, die nicht aufgehen könnten. Dies fordere die Kolleginnen und Kollegen zum entschlossenen Widerstand heraus. „Die Vertrauenskrise der Politik ist Tagessthema in den Medien, unser Vertrauen in die neue Landesregierung schwindet von Tag zu Tag“, ruft **Eisenhöfer** unter dem frenetischen Beifall der 20.000 aus. „Wir sind nicht die Sparschweine, die man schlachten kann, wenn die öffentlichen Haushalte an Schwindsucht leiden“. Als **Eisenhöfer** verkündet, dass diese Abzockerpolitik auf den entschiedenen Protest der Betroffenen treffen wird, unterbricht ihn ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert. Die Demonstranten sind es offenkundig leid, sich permanent als eine der wesentlichen Ursachen für die marode Finanzsituation der Gebietskörperschaften diffamieren zu lassen. „Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vermehren sich nicht durch Zellteilung. Es sind die Politiker, die den Aufgabenbestand maßgeblich bestimmen, an dem sich der Personalbedarf orientiert“.

Als sich **Eisenhöfer** mit den Zumutungen befasst, die durch die Politik zwischenzeitlich in die Diskussion eingeführt worden sind, wird es wieder laut auf dem Burgplatz. „Was uns jetzt durch die schwarzgelbe Regierung zugemutet wird, führt das fort, was unter Rot-Grün bereits groteske Formen angenommen hatte. Weitere Arbeitsplatzvernichtung steht auf der Tagesordnung. Die Mitbestimmungsrechte sollen kassiert werden, die weitere Kürzung des Weihnachtsgeldes und die Verlängerung der Arbeitszeit für Arbeitnehmer sind geplant. Der Beamtenbe-

Strahlender Sonnenschein und erwartungsvolle Demonstranten. Angesichts des Massenandrangs der Protestteilnehmer musste die Rheinkniebrücke durch die Polizei stundenlang gesperrt werden, was zu Verkehrsbehinderungen im gesamten Regionalbereich Düsseldorf führte.





**Der BSBD kämpft stets in der ersten Reihe, wenn es um die Abwehr von Sonderopfern geht.**

reich ist quasi als Dosenöffner für Tarifenkungen missbraucht worden. Jetzt verweigern die öffentlichen Arbeitgeber seit Wochen die Aufnahme von ernsthaften Tarifverhandlungen. Sie setzen auf Tarifräuderei. Dieses Vorhaben wird an dem solidarischen Zusammenstehen der Kolleginnen und Kollegen scheitern“, ruft **Eisenhöfer** der erregten Menge zu.

## Das Personal hat seinen Sparbeitrag bereits geleistet!

Die aktuelle Finanzmisere hat nach Einschätzung des **dbb**-Chefs allein die Politik zu verantworten. Der öffentliche Dienst habe in den zurückliegenden Jahren zwangsweise einen Sparbeitrag von 5,2 Milliarden Euro geleistet und sei von allen Bevölkerungsgruppen am stärksten zur Kasse gebeten worden. Vor der Wahl habe die Regierung zugesagt, dass die Zeit der Zumutungen vorbei sei. „Die Einhaltung dieses Versprechens fordert der öffentliche Dienst jetzt ein; nicht mehr und nicht weniger.“ Nach Meinung des **dbb**-Chefs identifizieren sich Beschäftigte noch mit ihrer Arbeit und wollen, dass der öffentliche Dienst konkurrenzfähig und leistungsstark bleibt. **Das fortwährende Gerede der Politik von der Verschlingung des Staates entlarvt der Gewerkschafter als bloße Worthölse, hinter der sich in der Regel nur ungebremste Sparwut verbirgt.**



Und dann beklagt **Eisenhöfer** die zunehmende Gesetzesflut, die den Verwaltungsaufwand ins Unermessliche treibe. Um sich ein Bild von den Verhältnissen vor Ort zu verschaffen, sollten sich die Politiker in den Behörden, bei der Polizei und im Strafvollzug einmal umsehen, dann könnten sie ermessen, was dort mit immer weniger Personal geleistet werden müsse.

## Die Zeit der sozialen Wohltaten ist vorbei

**Dr. Helmut Linssen**, Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, weist die Forderungen des **dbb**-Chefs in einem Interview mit dem WDR als „populistisch“ und „polemisch“ zurück und bestreitet, dass die Regierung Wortbruch betreibe. Das wichtigste Versprechen an die Wählerinnen und Wähler sei gewesen, den Haushalt in Ordnung zu bringen und zu konsolidieren. Hier werde die Regierung Wort halten. Um dieses Ziel zu erreichen sei es erforderlich in den nächsten Jahren über 3 Milliarden Euro einzusparen. „Wir müssen uns gegen die Schuldenlast stemmen, sonst bricht sie über unseren Kindern zusammen!“

Diese Lagebeurteilung greift der **dbb**-Vormann auf und stellt klar: „Die Beamtinnen und Beamten haben die Lage des Landeshaushalts nicht zu verantworten. Um den Landeshaushalt in den Griff zu bekommen, sollte die Landesregierung ihre Aufmerksamkeit verstärkt der Einnahmenseite zuwenden. In jedem Jahr verzichtet der Staat auf mindestens 1 Milliarde Euro, weil Betriebsprüfer in den Finanzämtern fehlen. Dies ist ein Skandal, führt zur Steuerungerechtigkeit und richtet den Blick der Politiker automatisch auf die Personalkosten.“

An die Landesregierung richtet der Gewerkschafter den emotionsgeladenen Appell, vom gegenwärtigen Kurs abzulassen. „Setzt auf sinnvollen Aufgabenabbau, lasst diejenigen die Zeche zahlen, die es sich leisten können. Macht Schluss mit Steuergeschenken an Großunternehmen. Macht Schluss mit unzeitgemäßen Subventionen, habt Mut zu sachgerechten Entscheidungen, aber greift nicht eurem Personal permanent in die Tasche. Die Beschäftigten

**BSBD-Chef Klaus Jäkel (re.) zeigte sich erfreut über die Teilnahme von mehr als 1.500 Strafvollzugsbediensteten. „Dies ist der Beweis, dass die Kolleginnen und Kollegen mit persönlichem Einsatz für ihre Rechte eintreten!“**

haben ihre staatstragenden Hausaufgaben bereits mehrfach gemacht“, findet **Eisenhöfer** starke Worte und den unterstützenden Schlussapplaus der Demonstrationsteilnehmer.

Die jetzt eintretende kurze Verschnaufpause nutzen viele Demonstrationsteilnehmer, um sich mit Getränken einzudecken. Das Schwenken der Transparente, die Betätigung der Trillerpfeifen hat durstig gemacht.

Viele Fachgewerkschaften haben Stände errichtet, eine eigene Logistik aufgebaut, um die angereisten Kolleginnen und Kollegen zu versorgen.



**Kampf an vorderster Front. Bernd Binnebösel, OV Werl: „Jeder, der später nicht als Betrogener dastehen will, ist aufgerufen, den Kampf gegen die Zumutungen der Politik aufzunehmen.“**

## Wer den öffentlichen Dienst demontieren will, der rüttelt an den Säulen der Demokratie

Als **Guntram Schneider**, neuer Vorsitzender des **DGB** NRW, ans Mikrofon tritt, steigt der Lärmpegel erneut an. Er beschwört die Solidarität der Demonstranten. Die Auseinandersetzung mit der Politik habe eine neue Qualität erreicht. „Es ist an der Zeit, uns quer zu stellen! Das Land zieht sich immer mehr auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger aus der staatlichen und sozialen Verantwortung. Das wollen wir nicht zulassen. Was jetzt kaputt gemacht wird, wird nicht wieder aufgebaut. Statt einfalllos auf der Ausgabenseite den Rotstift anzusetzen und eine ‚Kultur des Verzichts‘ zu predigen, fordern wir, dass für den Landeshaushalt endlich neue Einnahmequellen erschlossen werden“, rief der Gewerkschafter zum politischen Umdenken auf.

Hart kritisiert **Schneider** den rüden Umgang der Politik mit dem öffentlichen Dienst. Die erwogenen Sparmaßnahmen bedeuteten in Wahrheit sozialen Kahlschlag, die Umverteilung der Lasten von oben nach unten, Leistungskürzungen, die Privatisierung von Lebensrisiken und

die Veränderung unserer demokratischen Gesellschaft, erläutert der Gewerkschafter die Ursachen für die Wut und Verbitterung der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes.

„Wer für seine eigene Schuldenpolitik den öffentlichen Dienst in Geiselnahme nimmt, dem rufen wir zu: Nicht mit uns!“ Die Demonstranten unterstreichen diese Aussage mit stürmischem Applaus.

## Arbeitsplatzvernichtung ist keine soziale Großtat

Der Chef des **DGB** NRW beklagt die mangelnde Verlässlichkeit der Politik. In der laufenden Tarifaufeinanderetzung gehe es nicht darum 18 Minuten länger zu arbeiten. Es gehe vielmehr darum, den weiteren Abbau von rund 10.000 Arbeitsplätzen zu verhindern; es gehe um Stärkung des öffentlichen Sektors, statt nur nach Privatisierung zu rufen und es gehe um humanere Arbeitsbedingungen. „In der Tarifaufeinanderetzung verfolgt **Möllring**, Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, die Strategie, den öffentlichen Dienst zu einer tariffreien Zone zu machen. Die Bedingungen, zu denen Menschen arbeiten, müssen von ihren Gewerkschaften mitgestaltet werden. Da kann es kein einseitiges Diktat ge-



ben, Solange sich nur die Gewerkschaften bewegen und **Möllring** auf seiner Position beharrt, wird es keine Lösung in diesem Konflikt geben.“

Der Beifall der Demonstranten lässt den **DGB** NRW-Chef kurzzeitig verstummen, bevor er wieder die Stimme hebt und den öffentlichen Arbeitgebern zuruft: „Ich fordere den Ministerpräsidenten, das Kabinett und Herrn Linssen auf: beenden Sie Ihre Blockadehaltung, kommen Sie an den Verhandlungstisch, korrigieren Sie die Fehler im Landeshaushalt 2006“.

## Erste Reaktionen der Politik

Kaum ist die ohrenbetäubende Geräuschkulisse der Demonstration verklungen, da scheint etwas Bewegung in die Landespolitik zu kommen. Der Aufmarsch der 20.000 hat offensichtlich Eindruck gemacht. Informell wird signalisiert, man könne über die Verbesserung der sozialen Symmetrie bei der Kürzung des Weihnachtsgeldes nochmals nachdenken.

In einer ersten Stellungnahme zeigte sich **BSBD**-Vorsitzender **Klaus Jäkel** sichtlich erfreut über die zahlreiche Teilnahme der Strafvollzugsbediensteten an der Demonstration. „Die Reaktionen der Politik gehen zwar in die richtige Richtung. Grund zum Jubel gibt es jedoch erst, wenn weitere Einsparungen zu Lasten der öffentlich Bediensteten verhindert worden sind“, meinte **Jäkel** in einer Verlautbarung für die Medien. Gleichzeitig bedankte sich der **BSBD**-Chef bei jenen Kolleginnen und Kollegen, die dem Aufruf zur Teilnahme an der Groß-Demo gefolgt waren. „Ich danke Euch, dass Ihr stellvertretend für den Strafvollzug nach Düsseldorf gekommen seid und ein Beispiel gelebter Solidarität gegeben habt. Eine Gewerkschaft ist immer nur so stark, wie das Engagement der Mitglieder, von dem sie getragen wird!“

## GLOSSE

### Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst des Landes im Jahr 2020

Die von der Landesregierung verabschiedete 70/70/70-Regelung hat im Jahr 2020 zu erheblichen Krankheitsfolgekosten geführt. Die erhofften Einsparungen blieben hingegen aus. Ziel der Regierung war es, die bis zu 70-jährigen Beamten mit einer Arbeitszeit von 70 Stunden in der Woche für 70 % des bisherigen Gehaltes arbeiten zu lassen, um den Landeshaushalt spürbar zu entlasten.

Weil bei den über 65-jährigen Beschäftigten der Krankenstand auf enorme 95 % anstieg, mussten Fremdfirmen beauftragt werden, um die Arbeitsausfälle halbwegs zu kompensieren. Auch die Gehaltskostendeckelung mit der Verpflichtung, im Krankheitsfall bis zu 50 % des Gehaltes zurückzahlen zu müssen, hat nicht zu den erhofften Einsparungen geführt.

Im Gegenteil: Die den Ausfall der Senior-Beamten ersetzenden Fremdfirmen mussten ihre Mitarbeiter zum europäischen Mindestlohn vergüten, wodurch das Lohnniveau des öffentlichen Dienstes deutlich überschritten wurde. Erfolgreicher verlief hingegen die Einführung der effektiven Arbeitszeit. Im Zeitraum 2018 bis 2020 konnten erheb-

liche stille Reserven mobilisiert werden. Möglich wurde dies durch die unausgesetzte Mitarbeiterüberwachung per Webcams. Mit Hilfe dieser Technik konnten über 65 % der Beschäftigten auf unterhältige Teilzeitarbeit gedrückt werden. So gelang der Nachweis, dass die effektive Arbeitszeit, in der nachweislich dienstliche Aufgaben erledigt werden, bei einer durchschnittlich 50stündigen Anwesenheit regelmäßig nur 33,5 Stunden beträgt. Rückwirken der Gehaltskürzungen, mit denen ein wesentlicher Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet wurde, waren die zwangsläufige Folge. Für die während der Anwesenheitszeit wahrgenommenen nicht zertifizierten Tätigkeiten (z.B. unbezahlte Auskünfte an Bürger) wurden erfolgreich Nutzungsentgelte durchgesetzt.

Die Kosten für Strom und Heizung sowie die Mietkosten für Büroräume und Toiletten konnten wirksam auf die Beamten umgelegt werden.

### Alimentationsverrechnungen

Der Entwurf des Haushaltskonsolidierungsgesetzes 2025 sieht vor, dass künftig die privaten Vermögen der Beamten mit ihren Ansprüchen auf Alimentation verrechnet werden dürfen. Aus diesem Grund sind bereits umfangreiche Ermittlungen zur Feststellung der privaten Vermögensverhältnisse der Beamten angelaufen. Erste Ergebnisse haben bei den Haushaltspolitikern aller-

dings zur Ernüchterung geführt. Danach verfügen Beamte, von einzelnen Erbschaften abgesehen, kaum noch über nennenswerte Ersparnisse, weil sie die Rücklagen wegen der in den Vorjahren erfolgten Gehaltskürzungen bereits zum Lebensunterhalt einsetzen mussten. Verrechnungsmöglichkeiten bestehen daher nur noch in Ausnahmefällen. Eine spürbare Entlastung des Landeshaushaltes ist nicht zu erwarten.

### Pensionsleistungen

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat im Rahmen einer aktuellen Entscheidung die Unterbringung der Ruhestandsbeamten nachdrücklich beanstandet. Nach Einschätzung der Richter sei die Abschaffung der Geldleistungen gegen Gewährung einer Sammelunterkunft und Suppenverpflegung zwar grundsätzlich zulässig, doch sei die Legehennenverordnung (Relikt aus dem 20. Jahrhundert) nicht beachtet worden.

Danach werde den Hühnern ein größerer Flächenbedarf zugestanden als den Ruhestandsbeamten. Nach Überzeugung der Richter müsse insoweit dem Antidiskriminierungsverbot Rechnung getragen werden. Als Ausweg aus dieser misslichen Situation, so die Richter, sei auch die Eingrenzung der Antidiskriminierungsverordnung ausschließlich auf Tiere möglich. Es stehe Deutschland frei, sich mit einem entsprechenden Antrag an die EU-Kommission zu wenden.

**DGB**  
**NRW.**

# Solidarität gegen Wortbruch

**dbb**  
**nrw**  
beamtenden und tarifunion

## Rote Karte dem Diktat des Verzichts





Der Ehrenvorsitzende Wilhelm Borkermann (li.) schaut kritisch auf den Kundgebungsplatz: Musik zu laut, Platz zu klein, Probleme zu groß?



Noch hat sich der Burgplatz nicht gefüllt. In wenigen Minuten jedoch wird der Lärmpegel deutlich ansteigen.





**Der Kommentar** von Wilhelm Bokermann

## „Splitter“ von der Groß-Demo in Düsseldorf



**D**em Beobachter bot sich um die Mittagszeit des 23. März diesen Jahres vom Düsseldorf Schlossturm aus ein beeindruckendes Bild. Ein Demonstrationstrupp der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, darunter auch ein beachtliches BSBD-Kontingent, bewegte sich einem Lindwurm gleich über die gesamte Länge der Rheinkniebrücke in Richtung Düsseldorfer Innenstadt, um sich dort mit einem zweiten Demonstrationstrupp, der am Düsseldorfer Hauptbahnhof gestartet war, zu vereinen.

**noch** in reguläre Arbeit vermitteln lassen wollen. Wenn man diese Entwicklung und die damit verbundenen ge-

Über 20.000 im **dbb** und **DGB** organisierte Beamte und Arbeitnehmer machten unter dem Motto „**Solidarität gegen Wortbruch**“ ihrer Wut und Empörung über den Sparkurs der **CDU/FDP**-geführten Landesregierung Luft. Insbesondere die von Ministerpräsident **Dr. Jürgen Rüttgers** letztendlich zu verantwortenden rigiden Sparmaßnahmen waren Gegenstand wütender Kritik, hatte er doch noch vor der Landtagswahl 2005 – damals als Oppositionsführer – gemeinsam mit dem **dbb** gegen Kürzungen beim Weihnachtsgeld demonstriert.

### Die weiteren Gemeinsamkeiten

Der jetzige Sparkurs der christlich-liberalen Landesregierung mutet den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in der Tat Belastungen zu, die weit über den Begriff eines „Sonderopfers“ hinausgehen. Denn nicht nur, dass die Kolleginnen und Kollegen seit vielen Jahren vergeblich auf eine sachangemessene Gehaltsanpassung warten, nein, sie müssen **drastische Kürzungen mit Gehalts-einbußen** von zum Teil über 10 % hinnehmen. Und ein Ende dieser einseitigen und zugleich mehr als **fragwürdigen Art der Haushaltssanierung**, die nur zu sehr an die Brüning'schen Notverordnungen aus der Zeit der Weimarer Republik erinnert, ist nicht in Sicht. Zusätzlich soll jetzt ein **zigtausende Stellen umfassender Personalabbau** realisiert werden und mittels eines bereits in der rot-grünen Ära erfundenen „Personalpools“ sollen **Tausende von Beschäftigten durch das ganze Land** als Sendboten einer verfehlten Personalpolitik **gejagt werden**. Damit die Personalvertretungen keinen erfolgreichen Widerstand leisten können, will die neue Landesregierung – offenbar ebenfalls nach einer rot-grünen Vorlage – die **Mitbestimmung der Personalräte „modernisieren“**, womit die **beabsichtigte Einschränkung von Beteiligungsrechten eher verharmlosend umschrieben wird**.

### Schulden und Privatisierung

Die gellenden Pfeifkonzerte der Demonstranten waren daher nicht nur eine Demonstrationsgebärde, dahinter verbarg sich vielmehr die angestaute Wut enttäuschter Wähler. Sicherlich hat Ministerpräsident **Dr. Rüttgers** Recht, wenn er auf die aus 38-jähriger politischer Tätig-

keit aufgestapelte schuldenpolitische Hinterlassenschaft roter, rot-gelber und rot-grüner Regierungen mit über 112 (!) Milliarden Euro verweist; weitere 6 Milliarden kommen aufgrund übernommener rechtlicher Verpflichtungen noch hinzu. Dies alles muss Nordrhein-Westfalens neuer Landesvater aber bereits vor den Wahlen zum Landtag gewusst haben, zumal die **CDU**-Fraktion die Haushalte der Vorgängerregierungen stets ob ihrer Mangelhaftigkeit gerügt hat. Von daher erscheint der gegen den Ministerpräsidenten erhobene Vorwurf des Wortbruchs durch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sehr wohl nachvollziehbar. Hinzu kommt der „Privatisierungswahn“ der blau-gelben Botschafter, der kürzlich bei der zweitägigen Klausur der Landtagsfraktion der **FDP** in Bad Lippspringe erneut beschworen wurde. Sowohl Fraktionschef **Dr. Gerhard Papke** als auch NRW-Innenminister **Dr. Ingo Wolf** kündigten eine umfassende Privatisierung von Landesaufgaben frei nach dem Motto an: „Die tun was“.

### Politische Brisanz

Doch zurück zu den Demo-Eindrücken. So mancher Teilnehmer, der schon an vorangegangenen Protestveranstaltungen teilgenommen hatte, fragte jetzt nachdenklich bis besorgt: „Bewegt so eine Demo überhaupt noch etwas?“ Eine solch resignative Nachdenklichkeit der Betroffenen ist für die Regierenden allerdings kein Grund zu frohlocken. Denn diese Frage wurde wiederholt mit der Forderung beantwortet: „Wir sollten unsere Demonstrationen eher nach französischer Muster gestalten, z. B. ein paar Autos anzünden, damit die da oben merken, dass wir es ernst meinen und uns nicht mehr verarschen lassen!“ Auch wurde teilweise die Fragwürdigkeit der kostenintensiven Bemühungen zur Integration von Ausländern thematisiert. In Nordrhein-Westfalen leben von ihnen immerhin über 4 Millionen, von denen sich leider zunehmend mehr **weder** integrieren

sellschaftlichen Kosten betrachtet, darf es nicht verwundern, dass auch im öffentlichen Dienst die Meinung um sich greift: „Bei uns spart man und denen steckt man es in den Allerwertesten“.

Die Politiker müssen endlich erkennen, dass sie mit ihrer Integrationspolitik gescheitert sind. Eine neue Sichtweise auf diese Problematik ist erforderlich, sollen nicht Ressentiments und ein gefährliches Konfliktpotential geschürt werden, die erheblichen politischen Zündstoff bergen. Bei den Demonstrationsteilnehmern war jedenfalls deutlich zu erkennen, dass nicht wenige Beschäftigte im öffentlichen Dienst in einem hohen Maße von den politischen Verantwortungsträgern enttäuscht sind, weil ihnen einmal mehr der Eindruck vermittelt wird, die Zeche zahlen zu müssen. Die Info-Stände von **PDS** und **WASG**, die entlang der Demo-Strecke aufgebaut waren, erfreuten sich jedenfalls beträchtlicher Aufmerksamkeit. Das wiederum weckte bei den lebensältesten Teilnehmern Erinnerungen an das Ende der Weimarer Republik.

### Fazit

Die im Landtag vertretenen politischen Parteien müssen endlich erkennen, dass die Grenzen der Belastbarkeit und Zumutbarkeit für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bereits deutlich überschritten sind. Hier gilt es, wieder Vertrauen zu schaffen und zu dem zu stehen, was vor der Wahl propagiert worden ist. Zugleich ist Ministerpräsident **Dr. Jürgen Rüttgers** aufgefordert, die Privatisierungsvorstellungen seines „Sechs-Prozent-Partners“ in die richtigen Bahnen zu lenken, d.h. vielfach zu den Akten zu legen. Andernfalls zahlt die Allgemeinheit den Preis für die z.T. aberwitzig anmutenden Vorhaben der Liberalen, wozu zweifelsfrei auch deren Vorstellungen von und über die Privatisierung des Strafvollzuges zählen. Für die schwarz-gelbe Koalition wird es darauf ankommen, jetzt die richtigen Prioritäten zu setzen und nicht jene zu bestrafen, die sich bislang als die stabilisierenden Kräfte unseres Gemeinwesens erwiesen haben. Ansonsten könnte sich der Mehrheitsgewinn schnell als einmalige Episode in der Landesgeschichte erweisen.



Die FDP-Politiker **Dr. Wolf** und **Dr. Papke** sprachen sich anlässlich einer Klausurtagung der FDP-Landtagsfraktion in Bad Lippspringe für die weitgehende Privatisierung bislang öffentlicher Aufgaben aus.



## Jörn Foegen, Leiter der JVA Köln, verstorben

Nach kurzer Krankheit ist am 26. März 2006 der langjährige Leiter der Justizvollzugsanstalt Köln, Ltd. Regierungsdirektor Jörn Foegen, plötzlich und unerwartet verstorben.

Betroffen, erschüttert und voller Trauer nehmen die Strafvollzugsbediensteten Abschied von einem aufrechten Wegbegleiter, einem fachkompetenten, hilfreichen Ratgeber, einer auf Ausgleich bedachten Führungspersönlichkeit, einem allseits hochgeschätzten Kollegen.

Mit Ltd. Regierungsdirektor Jörn Foegen verliert der Strafvollzug einen seiner profiliertesten Behördenleiter.

Er hat die Entwicklung der Justizvollzugsanstalt Köln zu einer auch in der öffentlichen Wahrnehmung akzeptierten Einrichtung eines auf Rückführung in das gesellschaftliche Leben angelegten Strafvollzuges maßgeblich beeinflusst.

Für die Landesarbeitsgemeinschaft des höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienstes war Jörn Foegen als 2. Vorsitzender tätig. In dieser Funktion hat er sich streitbar zu Wort gemeldet, um gewünschte Entwicklungen anzustoßen und Fehlentwicklungen entgegen zu treten.

Sein Wirken, seine Ideen und Gedanken haben auf den Strafvollzug und das Bewusstsein der Strafvollzugsbediensteten erheblichen Einfluss ausgeübt. Seinem Beruf als Jurist im Strafvollzug in besonderer Weise verpflichtet, war ihm der auf Wiedereingliederung und Rückfallvermeidung ausgerichtete Strafvollzug ein erkennbar persönliches Anliegen. Er hatte stets ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der ihm anvertrauten Menschen. Er wirkte stabilisierend dort, wo Mutlosigkeit Einzug gehalten hatte, er gab Orientierung, wenn Zwecke und Zwänge die Menschlichkeit zu überlagern drohten.

Wir trauern mit den Angehörigen nicht nur um einen verdienten Kollegen, der mehr als seine Pflicht tat; wir trauern um einen gütigen, verständnisvollen, lieben Menschen, der vielen von uns ein treuer Freund geworden ist.

Wir werden unserem Kollegen, Ltd. Regierungsdirektor Jörn Foegen, ein ehrendes und uns allzeit verpflichtendes Andenken bewahren.

Düsseldorf, den 27. März 2006

Für den  
**Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands**  
**Landesverband Nordrhein-Westfalen**  
**Klaus Jäkel**  
Landesvorsitzender

## Kleine Weisheiten

„Behandle die Menschen so, als wären sie, was sie sein sollten, und du hilfst ihnen zu werden, was sie sein können“.

Johann Wolfgang von Goethe, 1749 bis 1832, dt. Dichter



\*\*\*



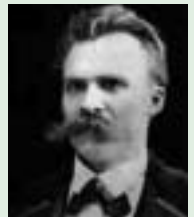
„Gewissen ist das Bewusstsein eines inneren Gerichtshofes im Menschen“.

Immanuel Kant, 1724 – 1804, dt. Philosoph

\*\*\*

„Die Einsamkeit macht uns härter gegen uns und sehnsüchtiger gegen die Menschen, in beidem verbessert sie den Charakter“.

Friedrich Nietzsche, 1844 – 1900, dt. Philosoph



\*\*\*



„Egoismus besteht nicht darin, dass man sein Leben nach seinen Wünschen lebt, sondern darin, dass man von anderen verlangt, dass sie so leben, wie man es wünscht“.

Oscar Wilde, 1854 – 1900, irischer Schriftsteller

\*\*\*

„Wie der Mensch in seiner Vollendung das edelste aller Geschöpfe ist, so ist er, losgerissen von Gesetz und Recht, das schlimmste von allen“.

Aristoteles, 384 – 322 v. Chr., griechischer Philosoph

\*\*\*

„Unser Leben ist das, was unsere Gedanken aus ihm machen“.

Marc Aurel, 121 – 180 n. Chr., röm. Kaiser



Glosse

Tach auch

Justus  
V. Anonymus



Neulich im Nachtdienst hab' isch ein bisschen von meine jut bezahlte Arbeitszeit verschwendet. Ich hab mir vorjestellt, dat ich de Ministerpräsident von unserem schönen Land Nordrhein-Westfalen wär. Also dat mach, wat de Herr Rüttjers jerade tut. Dann hätt isch dieset wunderschöne Land, aber keinen Fennich inne Täsch. Wat mache mer jetzt? Sparen! Aber wie? Ers mal kucken, wat is unbedingt notwendig, was is wichtig, aber nich unbedingt notwendig und wat is Luxus? Natürlich hab ich selbst keine Ahnung. Also fraje ich meine Experten, wo man am besten sparen kann. Jetzt is dat ja so eine Sache mit die Experten. Die frajen dich erst mal „Wat willse hören?“ und dann schreiben die dat, watte hören wills, so

als wäre dat die absolute Wahrheit. Kennt man ja vom KaEffZett-Sachverständigen. Wenn die nur mich frajen täten, wär dat ja nich weiter schlimm, aber die frajen alle möglichen Lobbyisten aus der Wirt-

is. Und dann kommen auch noch ständig die Demoskoppen mit ihren aktuellen Umfragen, wat dann ein Super-Gau für mich armen Rüttjers werden kann.

Zwischendurch hält mir de Linssen, mein

Finanzminischer, ständig sein Portmanee unter die Nase und sacht: „Kuck ma hier, Kuck ma hier! Allet leer!“ Und jede Sekunde tickt die Zinsenuhr: Schon widder ne Milli-

Wenn ich  
Ministerpräsident  
von Nordrhein-Westfalen wär, ...

schaft, den Gewerkschaften, den Kirchen, der Politik und so weiter und alle wollen wat anderes hören.

Also steh ich armer Rüttjers da und bin so schlau als wie zuvor. Und et kütt noch schlimmer: Die janze Meute hat nix besseres zu tun, als sich den lieben langen Tach in den Medien zu äußern, wat sehr jefährlich für mich armen Rüttjers is. Oder sie demonstrieren, wat noch jefährlicher für mich armen Rüttjers is. Oder sie fangen gleich an zu streiken, was äußerst jefährlich für mich armen Rüttjers

jon, schon widder ne Millijon!

Ich jlaub, ich würd ramm dösch, wenn isch dat mache müsst. Der eine oder andere Kolleje hätte bei dem Stress schon längst 'nen Dauer-Jelben jeschmissen. Aber hatte ja so jewollt, de Rüttjers. Auf einmal, du jlaubst es nit, hat de Nachtdienst mir wieder richtich Spaß jemacht. So, jetzt muss ich noch schnell nache Tanke, bevor die Spritpreise wieder astronomisch steigen.

Schöckkes bis bald,  
Euer Justus V. Anonymus

Keine Privatisierung im NRW-Strafvollzug!

Herausragender Erfolg des BSBD

„Das Projekt wird nicht weiterverfolgt“, so ist in einer schriftlichen Mitteilung des NRW-Justizministeriums zu lesen. Der probeweise Einsatz privater Dienstleister in den Justizvollzugsanstalten Wuppertal und Attendorn ist damit vom Tisch. Was als eine Innovation im Bereich des Strafvollzuges durch den ehemaligen Justizminister Wolfgang Gerhards auf den Weg gebracht worden war, wurde jetzt von seiner Nachfolgerin sang- und klanglos beerdigt. Die gewerkschaftliche Überzeugungsarbeit hat sich mit dieser Entscheidung als erfolgreich erwiesen.

**Zur Erinnerung:** Noch vor einem Jahr war die damalige rot-grüne Landesregierung fest entschlossen, private Dienstleister in den nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten einzusetzen. Zunächst sollten solche Kräfte in den Anstalten Wuppertal und Attendorn von den Justizvollzugsbediensteten angelernet (!) und erprobt werden, landesweiter Einsatz der Schwar-

zen Sheriffs bei erfolgreichem Probelauf nicht ausgeschlossen. Wären diese Planungen von Rot-Grün politische Realität geworden, hätten die Strafvollzugsbediensteten mit einem bis zu 22prozentigen Stellenverlust rechnen müssen. Daneben behauptete Ex-Justizminister Gerhards, die privaten Dienstleister könnten einen wesentlichen Beitrag zur qualitativen Ver-

besserung des Strafvollzuges leisten. Diesen Plänen und den Vorstellungen des ehemaligen Finanzministers Jochen Diekmann, ein PPP-Projekt im Strafvollzug zu realisieren, ist der BSBD vehement und überaus kämpferisch entgegen getreten. Ziel war es vorrangig, einen wirksamen, effizienten Strafvollzug nicht beschädigen zu lassen. Ziel war es aber auch, einen gravierenden Stellenabbau zu verhindern. Politische Unterstützung fand der BSBD allein bei der CDU. Alle anderen politischen Kräfte im Landtag unterstützten die Privatisierungsabsichten, die, wären sie Wirklichkeit geworden, zu einem gewaltigen Qualitätsverlust für den NRW-Strafvollzug geführt hätten. Für die Dauer von zehn bis fünfzehn Jahren wären alle



Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers, Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter und CDU-Fraktionsgeschäftsführer Peter Biesenbach stehen auch nach der gewonnenen Landtagswahl zu ihren Zusagen

**freiwerdenden Stellen mit der Folge kassiert worden, dass keine Beförderungen für die NRW-Strafvollzugsbediensteten mehr hätten realisiert werden können! Eine leistungsorientierte Bezahlung wäre zu einer reinen Farce verkommen.**

Während andere Interessenvertretungen des Strafvollzuges bereits resignierten, organisierte der **BSBD** den Widerstand. Über Wochen standen die Kolleginnen und Kollegen mit Info-Ständen in den Fußgängerzonen der nordrhein-westfälischen Metropolen, um die Bürgerinnen und Bürger über die Konsequenzen der Privatisierung im Strafvollzug zu unterrichten und aufzuklären.

Die Unterstützung durch die Bevölkerung war unerwartet groß. Die zahlreichen Solidaritätsbekundungen der Bürger bestärkten die **BSBD**-Landesleitung, die Auseinandersetzung mit der Politik zu suchen und nachdrücklich für die Verhinderung der Teilprivatisierung vollzoglicher Aufgaben einzutreten.

Den Höhepunkt des Kampfes gegen die Privatisierung bildete die **BSBD**-Großdemonstration am 27. April 2005. Bei teilweise miserablen Witterungsbedingungen zogen rund 2.000 Strafvollzugsbedienstete durch die Düsseldorfer Innenstadt zum Justizministerium. Diese Veranstaltung bewirkte ein großes Medieninteresse. Zahlreiche Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen berichteten vor Ort über die Wut und das Unverständnis der Strafvollzugsbediensteten, die den Ausverkauf der Interessen des Strafvollzuges befürchteten.

Aus ganz Deutschland waren Strafvollzugsbedienstete nach Düsseldorf gekommen, um solidarisch für ein gemeinsames Ziel zu streiten.

In einer ersten öffentlichen Stellungnahme äußerte sich die damalige Vorsitzende des Deutschen Richterbundes NRW, **Roswitha Müller-Piepenkötter**, äußerst

skeptisch über einen Einsatz privater Dienstleister im Strafvollzug und gab damit dem **BSBD** wertvolle öffentliche Rückendeckung.

Während der abschließenden Kundgebung bekam Justizminister **Wolfgang Gerhards** das meiste „Fett“ ab.

Zunächst drehten sich die Demonstranten um, als wollten sie ihn nicht anhören. Erst ein entsprechender Hinweis des Landesvorsitzenden **Klaus Jäkel** brachte die Kolleginnen und Kollegen dazu, ihrem Minister ins Gesicht zu schauen. In seiner Verteidigungsrede warb **Gerhards** um Verständnis für die schwierige Haushaltssituation, die zum Ausschöpfen aller Sparpotenziale zwingt.

Er erntete jedoch nur Buh-Rufe und Unverständnis, zog kritische Fragen auf sich und musste stellvertretend für die ganze Landesregierung den 'Kopf hinhalten'. Eine Imageverbesserung war nicht mehr zu erreichen, dafür waren die Fronten zu verhärtet.

**Peter Biesenbach**, rechtspolitischer Sprecher der **CDU**-Landtagsfraktion, hatte es da wesentlich einfacher, die Zuhörer auf seine Seite zu ziehen. Er sicherte den Strafvollzugsbediensteten die rückhaltlose Unterstützung der **CDU**-Landtagsfraktion zu, was ihm lang anhaltenden Beifall der Kolleginnen und Kollegen eintrug. **Biesenbach** sprach sich im Namen des damaligen Oppositionsführers **Dr. Jürgen Rüttgers** gegen jede Form der Privatisierung im Strafvollzug aus und betonte, dass diese Festlegungen auch im Falle eines Wahlsieges der **CDU** belastbar seien. Anschließend stellte **Biesenbach** sein Drei-Säulen-Modell vor.

Danach sollte auf Privatisierungsmaßnahmen im Vollzug verzichtet und das so eingesparte Geld den Vollzugseinrichtungen für die befristete Einstellung von Personal zur Verfügung gestellt werden. Und schließlich sagte **Biesenbach** einen Stellenzuwachs in dreistelliger Höhe zu.

## CDU hält Zusagen ein!

Mit der schriftlichen Erklärung des Justizministeriums ist die Teilprivatisierung vollzoglicher Aufgaben in den Vollzugseinrichtungen Wuppertal und Attendorf endgültig vom Tisch. Durch die vermehrte Berufung von Widerrufsbeamten im Jahr 2006 macht sich die größere Regierungspartei nun auch daran, ein weiteres Wahlversprechen einzulösen. Dies ist ein richtiger Schritt zur Stärkung der Inneren Sicherheit dieses Landes. Gleichzeitig gewinnt die **CDU** Vertrauen bei den Strafvollzugsbediensteten, wenn auch nach der Wahl gilt, was zuvor versprochen war.

Der **BSBD** hat mit dieser Entwicklung einen herausragenden Erfolg für den Strafvollzug und dessen Bedienstete erkämpft. Aber nicht nur der gewerkschaftliche Kampf war Vater des Erfolges. Voller Dankbarkeit und Respekt schauen die Strafvollzugsbediensteten auf die zahlreichen Journalisten und Medienvertreter, die mit ihren objektiven Berichterstattungen eine überzeugende, glaubwürdige Aufklärung der Öffentlichkeit geleistet haben.

**Ein ganz besonderer Dank gilt den vielen Kolleginnen und Kollegen, die durch ihre engagierte Beteiligung an den gewerkschaftlichen Aktionen und Demonstrationen einen maßgeblichen Anteil daran haben, dass die Teilprivatisierung vollzoglicher Aufgaben nach 1998 abermals verhindert werden konnte.**

Für die Strafvollzugsbediensteten wird anhand dieses überaus erfreulichen Ergebnisses deutlich, dass sich die kompetente Vertretung eigener Interessen lohnt und auch in Zeiten leerer Kassen Erfolge erreichbar sind. Die Verhinderung der Teilprivatisierung hat erneut den Beweis erbracht, dass Berufsgruppenminderheiten, wie sie im Strafvollzug anzutreffen sind, einer schlagkräftigen Fachgewerkschaft bedürften, um ihren Interessen Gehör und Aufmerksamkeit zu verschaffen.

## Heute schon gelacht?

### Was war Ursache, was Wirkung?

Das Opfer eines Hundebisses steht frustriert vor dem Gerichtssaal. Fragt ihn ein Freund: „Wie kann das sein, dass Du den Prozess verloren hast?“

Der Geschädigte winkt verärgert ab: „Der Gegner hatte einen tollen Anwalt. Er hat bewiesen, dass ich es war, der den Hund zuerst gebissen hat.“

### Nichts als die Wahrheit

Richter: „Sie haben also dem Kläger einen Knüppel über den Kopf gehauen?!“ Angeklagter: „Stimmt. Aber die krummen Beine, die hatte er schon vorher.“

### Zwielichtig

Richter: „Stimmt es, dass die Angeklagte einen zweifelhaften Lebenswandel führt?“ Zeuge: „Ganz eindeutig, Herr Richter. Ich hab sie schon mehrmals in Lokalen getroffen, die ich nie betreten würde.“

### Justizirrtum

Ein Ganove hat ein schlechtes Gewissen, weil statt seiner ein anderer der Tat angeklagt wurde. Besorgt fragt er einen Freund: „Sag mal, glaubst Du eigentlich, dass Justizirrtümer häufig vorkommen?“

„Klar“, antwortet der prompt, „ich bin schon dreimal freigesprochen worden.“

### Eigenwillige Sichtweise

„Der Zeuge behauptet, Sie hätten ihn

auf offener Strasse überfallen.“

„Moment, Herr Richter“, protestiert der Angeklagte, „ich habe ihn lediglich um ein Darlehen gebeten.“

„Ach, mit vorgehaltener Pistole?“

„Na, die wollte ich ihm doch nur als Sicherheit anbieten.“

### Scheinerfolg

Ein Mandant kommt zum Anwalt und sagt: „Wenn eine Kundin trotz Hundeverbots einen Hund mit in meine Metzgerei bringt und der Hund eine Wurst frisst, muss die Kundin dann den Schaden bezahlen?“ „Natürlich“, entgegnet der Anwalt.

„Prima“, meint der Metzger, „dann bekomme ich jetzt von Ihnen zwanzig Euro. Die Kundin war nämlich Ihre Frau und der Hund gehört Ihnen.“

„Na schön“, meint der Anwalt. „Und ich bekomme von Ihnen hundert Euro für diese Rechtsauskunft.“

## Landtagsabgeordneter Peter Biesenbach besucht Justizvollzugsschule NRW in Wuppertal

**A**m 22.02.06 besuchte Peter Biesenbach, Mitglied des Landtages in NRW und parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion, die Justizvollzugsschule. Entstanden war der Kontakt anlässlich der Besichtigung des Landtages im Oktober 2005. Im Rahmen des Faches Politische Bildung waren die vollzuglichen Nachwuchskräfte damals durch den Parlamentarier im Landtag empfangen worden. Nach einer anregenden und informativen Diskussion erklärte sich Biesenbach seinerzeit bereit, der Schule einen Gegenbesuch abzustatten.

Fast zwei Stunden lange stellte sich MdL **Peter Biesenbach** den sachkundigen, fundierten Fragen und Argumenten der jungen Leute. Auf besonderes Interesse stießen dabei die Themen

- Föderalismusreform,
- Gesetzesinitiative des Bundesrates zur der Änderung des § 2 StVollzG (Gleichrangigkeit der Aufgaben Behandlung und Schutz der Allgemeinheit),
- Verschärfung des Jugendstrafrechts,
- Arbeitszeitverordnung,
- Weihnachtsgeldkürzungen,



MdL Peter Biesenbach (2. von re.) im Gespräch mit den EST-Trainern der Schule.

- Anhebung von Pensionsaltersgrenzen im Rahmen der beabsichtigten Heraufsetzung des Rentenalters,
- Schließung des Landesjustizvollzugsamtes,
- Privatisierungsvorhaben der Landesregierung,
- Zukunft der Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes, Werkdienstes und mittleren Verwaltungsdienstes,
- Zukunft der Justizvollzugsschule und der Ausbildung des mittleren Dienstes für den Justizvollzug.

Der Parlamentarier blieb den vollzuglichen Nachwuchskräften keine Antwort schuldig. Insgesamt bewerteten diese den intensiven Meinungsaustausch als fachkompetent und überaus informativ. Im Rahmen der sich anschließenden Besichtigung der Ausbildungseinrichtung hatte **Peter Biesenbach** (CDU) Gelegenheit, sowohl die eher bescheidenen Unterbringungsmöglichkeiten als auch hervorragende Ausbildungsbedingungen an der Justizvollzugsschule in Augenschein zu nehmen. Besonders beeindruckt zeigte

sich der Abgeordnete von einer Schulung im Fach Eingriffs- und Sicherungstechniken (EST). Unter realistischen Bedingungen wird in dem originalgetreuen Nachbau eines Haftraumes und eines besonders gesicherten Haftraumes das deeskalierende Einschreiten bei Widersetzlichkeiten und Angriffen von Gefangenen geübt. Von ebenso großer Bedeutung ist die Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter in den menschenkundlichen Fächern Psychologie, Kriminologie, Pädagogik und soziale Hilfen, die neben der vollzugpraktischen und -rechtlichen Ausbildung ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Den Vollzugsbeamtinnen und -beamten in Spe wird daneben in Berufsrecht, Vollzugsverwaltung und Strafrecht jenes Rüstzeug vermittelt, das sie für die praktische Arbeit in den Vollzugseinrichtungen des Landes benötigen. Auch die Ausbildung an der Waffe mit Hilfe des SAM-Trainer, die Verbesserung der körperlichen Fitness im Fach Sport, sowie die Schulung in Maß-



nahmen der Ersten Hilfe haben eine große Bedeutung für die praxisorientierte Ausbildung für den angestrebten Beruf. Das Fach politische Bildung, in dessen Kontext der Kontakt zur Politik geknüpft wurde, gewinnt zunehmend an Gewicht, weil neben der Vermittlung politischer Kenntnisse auch berufsethische Fragen behandelt werden.



Mit Interesse und Aufmerksamkeit verfolgten die Nachwuchskräfte des Vollzuges den Ausführungen des Parlamentariers.

Besuchen Sie uns im Internet

[www.bsbd-nrw.de](http://www.bsbd-nrw.de)

Arbeitstherapie in Justizvollzugsanstalten:

# Die Richtlinien machen Sinn! Umsetzung durch Personalmangel gefährdet?

**D**ie Richtlinien des Justizministeriums zur Umsetzung arbeitstherapeutischer Maßnahmen sind praktikabel, wenn sie in vollem Umfang und konsequent umgesetzt werden. Dies wird nach eineinhalb Jahren praktischer Erfahrung in der JVA Essen immer deutlicher. Überlegungen, derartige Maßnahmen wegen angeblicher Ineffektivität oder zu hoher Kosten abzuschaffen, sind kontraproduktiv.

Im September 2004 startete die Maßnahme, die gemäß den „Richtlinien zur Durchführung arbeitstherapeutischer Maßnahmen (RV d. JM v. 03.07.1990 (4520 – IV B. 42)“ vorbereitet und nun umgesetzt wurde. Mittlerweile läuft der vierte Durchgang der Arbeitstherapie mit erstaunlichen Ergebnissen. Es bildete sich neben der ursprünglichen Zielsetzung, die Teilnehmer an einen geregelten Arbeitsprozess heran zu führen, ein weiterer bedeutsamer Wirkungsbereich heraus: die soziale Interaktion in der Gruppe.

In jeder Gruppe, die aus 12 Teilnehmern besteht, bildete sich jedes Mal – auch zur Überraschung der Teamer – erstaunlich schnell (innerhalb der ersten 14 Tage) ein

Gefühl der Zusammengehörigkeit heraus, das während der Dauer der Arbeitstherapie anhält. Zum einen resultiert dies aus der Notwendigkeit, sich gegenüber den Gefangenen im Haus abzugrenzen und eine Art Schutzraum zu schaffen, der durch ein Bild der Einigkeit entsteht. Zum anderen machen die Teilnehmer die gemeinsame Erfahrung, auf ungewohnt engem Raum sehr viel Zeit miteinander verbringen zu müssen, ohne einander ausweichen zu können. Aus dem Bewusstsein, Konflikten nicht ausweichen zu können, entsteht die Notwendigkeit, sich aneinander zu gewöhnen und sich kennen zu lernen, um Konflikte zu vermeiden bzw. diese angemessen auszutragen.

## Die vier Phasen der Therapie

Die Arbeitstherapie in der JVA Essen läuft in den durch die oben zitierte Rechtsverordnung vorgegebenen vier Phasen ab, die mit der diagnostischen Phase (die Interessenten müssen sich aktiv um die Aufnahme bemühen und an einem Auswahlverfahren teilnehmen) beginnt, mit der Motivations- und Beschäftigungsphase fortgesetzt wird und in die Werkphase mündet. Ergänzend zu den ministeriellen Vorgaben wird eine abschließende Auslaufphase angehängt. In der Motivationsphase steht die Stärkung der Motivation und die Ausbildung eines Gruppengefüges im Vordergrund. Die Arbeiten haben im weitesten Sinne Bastelcharakter, was z.T. jedoch bereits höhere Anforderungen an die Geduld und Frustrationstoleranz der Teilnehmer

stellt. In der Beschäftigungsphase werden die Projekte komplexer. Es wird auf Kenntnissen, die in der vorhergehenden Phase gewonnen wurden, aufgebaut. Hierdurch erhalten die Teilnehmer einerseits ein Gefühl von Kompetenz und Selbstwirksamkeit. Andererseits müssen sie mit Leistungsunterschieden umgehen lernen, was mitunter erhebliche Anforderungen an das Durchhaltevermögen der Teilnehmer stellt. In der Werkphase steht die Produktion in einem „normalen“ Arbeitsablauf im Vordergrund, wobei die Arbeitsaufträge auf die individuellen Neigungen und Fertigkeiten abgestimmt werden. Neben dem steigenden Schwierigkeitsgrad steigt auch die Dauer effektiver Arbeitszeit mit fortlaufender Phase an. Während in der Motivations- und Beschäftigungsphase die Arbeitszeit durch Gruppenmaßnahmen unterbrochen wird, werden die Arbeitsunterbrechungen in der Werkphase stark reduziert. Ebenso reduziert sich die psychologische Betreuung, um die Selbstständigkeit der Teilnehmer zu stärken.

## Nutzen der behandlerischen Ausrichtung offensichtlich

Die Teilnehmer sollen nach Beendigung der eigentlichen Arbeitstherapie möglichst übergangslos in normale Arbeit gebracht werden. So lange ihnen eine solche nicht vermittelt werden kann, verbleiben sie in einem gesondert eingerichteten Werkbe-



Modell-Werkzeugkiste für die Arbeitstherapie

reich und beteiligen sich an der Produktion von Werkstücken, die für eine wirtschaftliche Verwertung vorgesehen sind. Die Bedeutsamkeit psychologischer Intervention wird in dem Vergleich der arbeitstherapeutischen Maßnahmen unterschiedlicher JVAen deutlich. Wie in der Arbeitstagung „Arbeitstherapie“ vom 08.03. – 10.03.06 in der Justizakademie Recklinghausen erkennbar wurde, wird in vielen Arbeitstherapien der Schwerpunkt auf Produktion und weniger auf Behandlung gelegt. Dies ermöglicht ein breites Angebot an Produkten, die ganzjährig geliefert werden können und somit zu einer positiven Außenwirkung der Vollzugseinrichtung beitragen können. Nicht zuletzt bilden die durch den Verkauf der Produkte (z.B. im Online-Shop) erzielten finanziellen Gewinne einen hohen Anreiz, der die behandlerische Relevanz einer Arbeitstherapie leicht in den Hintergrund treten lassen kann. Für die Akzeptanz der Arbeitstherapien tragen Ausstellungen innerhalb und außerhalb der Justizvollzugsanstalten bei. Durch die Darstellung und den Verkauf von Produkten steigt die Akzeptanz und Anerkennung gegenüber der Maßnahme. Dies wurde auch in der JVA Essen deutlich. Allerdings könnten die bereits erzielten „Erfolge“ (im Sinne von Produktion) die Integration von Behandlung erschweren. Unter einem hierdurch verfälschten Konzept leidet jedoch die Förderung der einzelnen Teilnehmer. Die Fähigkeiten der Teilnehmer sollte sich an dem Produktionssoll orientieren. Dies hätte zur Folge, dass vermehrt Gefangene eingesetzt werden müssten, die bereits grundlegende Fertigkeiten im Umgang mit Arbeit besitzen, was dem ursprünglichen Gedanken der Arbeitsthe-



Bereits in der Motivationsphase spielt die Qualität der Arbeit eine große Rolle

rapie entgegensteht. Was passiert mit Teilnehmern, die am 3. Arbeitstag nicht im Betrieb erscheinen? Wer leistet Motivationsarbeit? Die soziale Komponente stellt häufig einen Mangel bei den Teilnehmern dar. Aber auch die fachliche Förderung findet nicht in jeder Arbeitstherapie statt. Eine fortlaufende Beschäftigung lediglich durch Schleif- und ähnlichen Hilfs- oder Nachbesserungsarbeiten erscheint eher als Beschäftigungs- denn als Arbeitstherapie; dem Teilnehmer wird nicht vermittelt, eigenständig etwas geschaffen zu haben. Zudem werden zugunsten der Produktion mitunter gelernte Kräfte eingesetzt, so dass die Maßnahme nur zum geringen Teil der eigentlichen Klientel zugänglich ist.

In der JVA Essen liegt der Schwerpunkt auf der Behandlung der Gefangenen. Dies hat zur Folge, dass nur ein kleines Angebot an Produkten – und das auch nur sporadisch – zur Verfügung steht. Es kann jedoch nicht davon gesprochen werden, dass keine Produktion stattfindet. Bereits in der Beschäftigungsphase werden Produkte erstellt, die gut verkauft werden. Die Produktion steigert sich in der Werkphase noch einmal hinsichtlich Stückzahl und Qualitätsanforderung. Bedeutsam ist je-



Fertigprodukt der Arbeitstherapie

doch, dass sich die Produktion an den Fertigkeiten der Teilnehmer orientiert und nicht umgekehrt.

Mit der engmaschigen Betreuung durch den Verkaufsaufsichtsbeamten und den psychologischen Dienst wird häufig ein positiver Effekt erzielt, der im Arbeitsprozess und in der sozialen Interaktion beobachtbar ist. Der Anspruch, die Inhaftierten „zu heilen“, erscheint vor dem Hintergrund gängiger Praxis unrealistisch. Durch die Arbeitstherapie soll der Gefangene dazu befähigt werden, für seine weitere Inhaftierung am Arbeitsprozess der Arbeitsbetriebe im Haus teilnehmen zu können. Auch hier steht der soziale Aspekt im Vordergrund. Der Umgang mit Vorgesetzten und Kollegen wird reflektiert, das Bewusstsein eigener Stärken und Schwächen entwickelt.



Blick in den Werkbereich der Arbeitstherapie

## Soziale Kompetenzen fördern

Soziale Kompetenzen werden im Rahmen der Gruppenmaßnahmen erworben und erprobt. Neben einem so genannten „Training sozialer Kompetenzen“ wird wöchentlich eine Reflexionsgruppe durchgeführt, in der die Teilnehmer eigene Erfolge und Misserfolge erkennen und reflektieren sowie Teilziele für die nächste Woche formulieren und überprüfen. Dadurch wird der bewusste Umgang mit der Maßnahme gefördert und Entwicklungen transparent gemacht. Ein wichtiges Instrument zur Stärkung positiver Entwicklungen ist ein Belohnungssystem, das in der Motivations- und Beschäftigungsphase eingesetzt wird. Die Teamer reflektieren die Entwicklungen der Teilnehmer und verteilen Punkte für positive Entwicklungsschritte. Die Punkte können gesammelt und gegen Tabak, Kaffee oder eine CD eingelöst werden. Aufgrund der Bestätigung durch die Teamer werden die Teilnehmer in ihren individuellen Fortschritten bestärkt. Durch positive Rückmeldungen und attestierte und vor allem nachvollziehbare Erfolge entwickeln die Teilnehmer Stolz und Ehrgeiz.

Zudem wird in psychologischen Einzelgesprächen – jeder Teilnehmer hat einen Bezugspsychologen – an spezifischen Problemfeldern gearbeitet. Letztlich hat die allgemeine Gruppendynamik unter den Teilnehmern einen nicht unerheblichen Trainingseffekt im Umgang mit sozialen Situationen. Im Rahmen der Gruppensitzungen sowie in außerordentlichen Krisensitzungen werden Konflikte in der Gruppe besprochen und nach gemeinsamen Lösungen gesucht. Es entsteht ein enges Netz sozialer Regelungen. Neben der Anforderung, Kritik anzunehmen und zu reflektieren, sind die Teilnehmer aufgefordert, aktiv Probleme zu benennen, sachlich vorzubringen und Lösungsvorschläge zu machen.

Vor dem Erfahrungshintergrund der Teilnehmer – viele haben sich jahrelang nicht mehr in sozialen Gruppen (abgesehen von Drogenkontakten) bewegt – ergibt sich ein

enormes Belastungspotential, was identifiziert und supportiv behandelt werden muss. Von einem „niederschweligen Angebot“ kann entgegen der Ansicht mancher Außenstehender somit nicht mehr gesprochen werden. Während andere Behandlungsmaßnahmen z.T. nur einmal wöchentlich stattfinden, sich auf einen bestimmten Themenkomplex beziehen und den Haftalltag im Allgemeinen weniger beeinflussen, greift die Arbeitstherapie in alle Lebensbereiche ein und prägt zu einem großen Teil den Haftalltag. Die Anforderungen, die sich aus der Maßnahme ergeben, wirken demnach umfassender als viele andere Angebote, sodass die Auseinandersetzung und Konfrontation mit der eigenen Persönlichkeit als intensiv und anhaltend bewertet werden kann.

## Koordination der Behandlungselemente unverzichtbar

Für einen wirksamen Behandlungsrahmen, in dem die o.g. Behandlungselemente aufeinander abgestimmt sind und resultierende Erkenntnisse in die anderen Elemente der therapeutischen Maßnahme einfließen können, ist eine enge kommunikative Bindung zwischen den Teamern einerseits und eine vertrauensvolle Beziehung zwischen den Teamern und den Teilnehmern andererseits unabdingbar. In regelmäßigen Besprechungen werden die Erkenntnisse aus den unterschiedlichen Bereichen (Arbeitsprozess und Gruppenmaßnahmen) ausgetauscht und dadurch ein umfassender Erkenntnisprozess sichergestellt. Hierdurch wird gefördert, dass kongruent auf die Teilnehmer eingewirkt wird. Für die Reflexion von Verhaltensweisen vor dem Hintergrund der individuellen Persönlichkeitsproblematiken der Teilnehmer ist eine intensive Anbindung des psychologischen Dienstes unab-



Dipl.-Psychologin Lena Spille tritt für die Behandlungsorientierung der Arbeitstherapie ein

dingbar. Es ist zu betonen, dass das Scheitern einer Integration von Behandlung in anderen Justizvollzugsanstalten, insbesondere auch die Integration von Fachdiensten, häufig nicht in mangelnder Bereitschaft zur Zusammenarbeit der Werk- bzw. Werkaufsichtsbeamten begründet ist. Auf der Fachtagung in Recklinghausen wurde ein hohes Maß an Motivation und Engagement deutlich. Dieser Motivation scheinen jedoch häufig strukturelle Gegebenheiten (Anforderung an die Produktion, Stellenwert der Arbeitstherapie in der eigenen JVA) und mangelnde Zusammenarbeit zwischen AVD und besonderen Fachdiensten (aufgrund mangelnden Interesses oder zu geringer Zeitressourcen) entgegen zu stehen. Durch den profitorientierten Betrieb einer Arbeitstherapie begibt man sich in einen Teufelskreis, der nur durch Integration eines Behandlungsanspruchs aufgebrochen werden kann. Letztlich konzentriert sich die Debatte um „Produktion und/ oder Behandlung“ auf die Ziele, die mit dem Einsatz von Arbeitstherapien angestrebt werden. Geben wir uns mit Produktionsbetrieben zufrieden, die einzig dem Ziel des finanziellen Zugewinns dienen? In diesem Fall beschädigen wir den Grundgedanken einer Arbeitstherapie, nämlich die Befähigung der Teilneh-

mer zur Verrichtung einer Arbeitstätigkeit. Solange keine Mindeststandards für Therapie angelegt werden und die Art der Umsetzung nicht nachvollziehbar wird, besteht das Risiko, die geringere Produktivität der behandlungsorientierten Arbeitstherapien zu kritisieren. Es besteht die Gefahr, diese Therapien in Richtung höherer Produktivität zu drängen, wie sie in Betrieben erzielt wird, die keine oder wenig Behandlung integrieren. Natürlich kann die Frage nach der Finanzierung der Arbeitstherapien nicht außen vor gelassen werden.

## Ministerielle Richtlinien erweisen sich als sachgerecht

Eine konsequente Umsetzung der Richtlinien sowie die stringente Durchführung des Konzeptes zeitigt immer wieder Erfolge, positive Veränderungen bei den Teilnehmern binnen kurzer Zeit, die die Teamer immer wieder in Erstaunen versetzen, aber auch motivieren. In den heutigen Zeiten knapper Kassen ist der so erreichte hohe behandlerische Standard allerdings gefährdet. Den Arbeitstherapien in den verschiedenen Justizvollzugsanstalten können nicht mehr Gelder im gewohnten Um-

fang zugewiesen werden. Das Ministerium ist daher bestrebt, den entstandenen Mangel gleichmäßig auf die Justizvollzugsanstalten zu verteilen. So sollte jeder Anstalt gleich, aber keiner richtig wehgetan werden. Fatal wäre es nun, wenn die reduzierten Finanzen unter der Auflage verfügbar gemacht würden, den behandlerischen Teil der Maßnahmen zugunsten der Produktion zu reduzieren. Zentral ist die Frage, was finanziert werden soll: Eine Behandlungsmaßnahme, die zwangsläufig nur so produktiv sein kann wie ihre Teilnehmer, oder Produktionsbetriebe, in denen bereits arbeitsfähige Gefangene eingesetzt werden und positive Entwicklungen lediglich als Zufallsprodukt anfallen können? Sollen Betriebe finanziell unterstützt werden, die Arbeitstherapien im Sinne der aktuellen Rechtsverordnung anbieten, oder solche, welche – wenn überhaupt – einen ernsthaften therapeutischen Anspruch nur marginal erheben? Letztlich muss leider deutlich gemacht werden, dass die Arbeitstherapie in Essen akut gefährdet ist. Eine Begleitung der Maßnahme durch den psychologischen Dienst wäre mit der leider geplanten Stellenreduzierung im psychologischen Dienst personell nicht mehr zu leisten.

Lena Spille, Diplom-Psychologin, JVA Essen

Frühjahrsitzung des BSBD-Hauptvorstandes:

## BSBD im Kampf gegen die Privatisierung erfolgreich

Anlässlich der Sitzung des BSBD-Hauptvorstandes am 06. April 2006 in Hagen konnte der BSBD-Landesvorsitzende Klaus Jäkel den Delegierten der Ortsverbände einen herausragenden gewerkschaftlichen Erfolg präsentieren. Die Privatisierung vollzoglicher Aufgaben sei endgültig vom Tisch, dies habe das Justizministerium jetzt schriftlich bestätigt. Zudem werde der Personalbestand der Vollzugseinrichtungen nach den durchlittenen mageren Jahren sukzessive wieder aufgestockt, um Aufgaben- und Personalbestand nicht weiter auseinander driften zu lassen, betonte der Gewerkschafter nicht ohne Stolz.



**BSBD-Chef Klaus Jäkel: „Um die absehbaren Herausforderungen erfolgreich zu meistern, müssen wir solidarisch zusammen stehen!“**

sei leider nur bei der CDU auf fruchtbaren Boden gefallen. Nach ihrem Wahlsieg, so Jäkel, erweise sich die CDU jedoch als verlässlicher Verhandlungspartner, der zu einem einmal gegebenen Wort auch dann stehe, wenn die finanziellen Rahmenbedingungen angespannt seien. Eine solche

„Unser gemeinsamer Kampf gegen die Privatisierung und für eine Aufgaben angemessene Personalausstattung haben damit zu einem großen Erfolg geführt“, erläuterte Jäkel und stellte zugleich klar, dass diese Entwicklung das Ergebnis gemeinsamer Aktionen und Demonstrationen der Kolleginnen und Kollegen des Strafvollzuges ist. Die im politischen Raum geleistete Überzeugungsarbeit

Haltung sei heutzutage nur noch selten anzutreffen und verdiene deshalb besondere Beachtung.

Jäkel machte allerdings auch auf Risiken aufmerksam, die durch die **Föderalismusreform** drohen. „Wenn die Gesetzgebungskompetenzen für den Vollzug, für

die Besoldung und für die Versorgung der Beamten auf die Länder übergehen, wenn wir im Arbeitnehmerbereich einen tarifvertraglichen Flickenteppich bekommen, werden wir uns wappnen müssen, damit dem Strafvollzug bei der Verteilung der finanziellen Ressourcen jene Bedeutung zugemessen wird, die ihm aufgrund seiner gesellschaftlichen Aufgabe zukommt. Gegenwärtig sind wir auf allen politischen Ebenen dabei, das Schlimmste zu verhindern.

Gegen Ende des Jahres werden wir voraussichtlich wissen, wohin die Reise geht“, umriss der Gewerkschafter den gegenwärtigen Schwerpunkt der Gewerkschaftsarbeit.



Ehrenmitglied Willi Wessels (vorne li.), Ehrenvorsitzender Hans W. Schmidt (vorne 2. von li.) und die Vertreter der Ortsverbände beteiligten sich engagiert an der Diskussion um die beste Strategie zum Erhalt eines bundeseinheitlichen Strafvollzugsgesetzes.